

„Eine Reform des Strafrechts ist zwingend notwendig“

Mehr als neunzig Prozent aller Deutschen sind für eine Sperrung von kinderpornographischen Seiten im Internet

VON ROCCO THIEDE

Sollen kinderpornographische Internet-Seiten, deren Produktion, Verbreitung und Nutzung eine erhebliche Straftat darstellen und bei denen Kinder und Säuglinge gequält werden, sogar teilweise zu Tode kommen, aus Gründen der Zensurfreiheit frei im Internet zugänglich bleiben? Die Deutsche Kinderhilfe wollte wissen, wie die Bevölkerung in Deutschland zum Thema Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet steht. Dazu beauftragten sie das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap mit einer repräsentativen Befragung unter 1 000 wahlberechtigten Bürgern in Deutschland ab 18 Jahren.

Die Bundesregierung plant, wie in anderen EU-Staaten bereits erfolgt, ein Gesetz zur Sperrung von kinderpornographischen Seiten im Internet. Kritiker befürchten eine Zensur und bezweifeln die Wirksamkeit solcher Sperren. Sie hatten bereits mit einer Online-Petition („Zensursula“) 70 000 Unterschriften zusammengetragen, um eine Gesetzesvorlage des Familienministeriums zur Sperrung von Kinderpornoseiten zu stoppen. Als Begründung wurde Angst vor Zensur und Gefährdung der Informationsfreiheit im Internet angeführt. Befürworter betonen dagegen, dass solche Sperren eine sinnvolle und wirksame Maßnahme im Kampf gegen die Verbreitung solcher Bilder sind. Wie sehen es die Deutschen: Sind sie

für ein Gesetz zur Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet oder dagegen?

92 Prozent aller Bundesbürger sind nach dieser aktuellen Befragung dafür, diese Seiten zu sperren. Nur sieben Prozent sprachen sich dagegen aus und ein Prozent enthielt sich. Aufschlussreich ist die Differenzierung nach Ost und West sowie nach Männern und Frauen. Es gibt mehr Frauen, die für eine entsprechende gesetzliche Regelung eintreten (96 Prozent) als Männer (87 Prozent) und im Osten stimmten 94 Prozent dafür, im Westen zwei Prozent weniger (92 Prozent). Grundsätzlich sind auch mehr die mittlere und ältere Generation dafür, was bei der Generation 60Plus (95 Prozent) im Vergleich zu den 18- bis 29-Jährigen (89 Prozent) deutlich wurde.

Außerdem wollte die Deutsche Kinderhilfe wissen, was für Internet bevorzugen die Deutschen persönlich? Eines, das völlig frei ist von staatlicher Kontrolle – und damit auch kinderpornographische Darstellungen enthält oder eines, in dem vom Staat bestimmte strafbare Inhalte auch kontrolliert und gesperrt werden können?

Für eine Kontrolle und Sperrung bestimmter strafbarer Inhalte durch den Staat stimmten 84 Prozent und neun Prozent sprachen sich für völlige Freiheit im Internet aus, der Rest war unentschlossen. Wer hinter diese Zahl schaut, erfährt auch weitere aufschlussreiche Details. So waren bei den Rentnern fast 16 Prozent unschlüssig.

Sie machten keine Angabe oder kreuzten die Antwort „weiß nicht“ an. Auch bei der Parteienpräferenz lassen sich Rückschlüsse ziehen, wenn zum Beispiel für ein völlig freies Internet 14 Prozent der FDP-Wähler stimmten, wohingegen es beim CDU/CSU Wahlvolk nur fünf Prozent waren. Schade eigentlich, dass nicht auch nach Konfessionszugehörigkeit gefragt wurde.

Die Deutsche Kinderhilfe fordert mit ihrer in der vergangenen Woche gestarteten Kampagne „Stop! – Meine Stimme gegen Kinderpornographie im Internet“ die verantwortlichen Politiker auf, weitere Schritte gegen Kinderpornographie zu unternehmen. Begonnen hatte die Aktion in Nordrhein-Westfalen und mittlerweile haben sich Zehntausende mit ihrer Unterschrift für das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ ausgesprochen. „Bis Ende Mai möchten wir mindestens 100 000 Unterschriften für die geplante Sperrung kinderpornographischer Seiten zusammen haben und damit die Gesetzeskritiker überstimmen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Kinderhilfe Rechtsanwalt Georg Ehrmann, gegenüber der „Tagespost“. Zahlreiche Menschen äußerten in Gesprächen am Rande der Sammelaktion von Fußballstadien, in Fußgängerzonen oder vor Kita's ihre große Sympathie für diese Initiative und nahmen spontan Unterschriftenlisten mit, um selbst aktiv zu werden. Die Bundesländer fordert

die Kinderhilfe auf, mehr hoch qualifizierte Sonderermittlungsstellen einzurichten und gegen Betreiber einschlägiger Server ebenso konsequent vorzugehen, wie gegen die Nutzer pädokrimineller Angebote im Netz. „Eine Reform des Strafrechts ist zwingend notwendig. Das Strafmaß für das Herunterladen dieser widerwärtigen Gewaltvideos muss endlich erhöht werden: Immer noch wird das Herunterladen von Software und Hollywood-Filmen härter bestraft als das von pädokriminellen Dateien“, so der bekennende Katholik Georg Ehrmann.

Die Deutsche Kinderhilfe spricht sich zudem für eine Verbesserung des Opferschutzes aus. Ehrmann: „Für sexuelle Gewaltverbrechen gelten die allgemeinen Verjährungsfristen des Zivilrechts. Dies schützt die Täter, denn die Opfer können häufig erst viele Jahrzehnte später über die Verbrechen sprechen. Die aktuellen Gesetze berücksichtigen nicht diese Besonderheit lebenslangen Leidens der Opfer.“ Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte läuft zu diesem Thema eine Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland, weil die Antragsteller die Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt sehen.

Weitere Informationen zur Kampagne: Deutsche Kinderhilfe, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin Tel.: 030/2 43 42 94-0, Fax: 030/2 43 42 94-9, www.kinderhilfe.de